



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Hans-Christian Ströbele, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 7. Februar 2014

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Januar 2014**
HIER **Arbeitsnummern 1/311**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Emily Haber

Schriftliche Frage des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele
vom 30. Januar 2014
(Monat Januar 2014, Arbeits-Nr. 1/311)

Frage

Inwieweit wird die Bundesregierung bei der Bewertung des Hinweises von Edward Snowden auf eine NSA-Wirtschaftsspionage in Deutschland die Aussage des Abgeordneten der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Michelbach, ("Es wird Zeit, dass Tacheles geredet wird. Die Hinhaltenaktik der US-Regierung in der NSA-Affäre ist nicht mehr länger hinnehmbar. Es schafft ein falsches Sicherheitsgefühl, wenn öffentlich nur über die Spionageaktivitäten Chinas und Russlands geredet wird. Es muss jetzt im Interesse von Unternehmen und Arbeitsplätzen mit der falschen Rücksichtnahme gegenüber Washington vorbei sein", weil "neben der NSA auch Privatfirmen Zugriff auf die US-Spionagedaten haben") und BDI ("Wir müssen davon ausgehen, dass die deutsche Industrie.....im Fokus internationaler Wirtschaftsspionage steht - alles andere wäre blauäugig") sowie dessen Forderung nach rascher Aufklärung der NSA-Überwachung, mehr Kontrolle sowie Realisierung des von Präsident Obama genannten Spionageverbots berücksichtigen, und teilt die Bundesregierung - angesichts der Bedrohung mit geschätzten Gesamtschäden von ca. 50 Mrd. Euro - die Aussage des Präsidenten des BfV, Maaßen, die NSA betreibe keine Industriespionage, denn US-Autobauer beauftragen sie nicht mit Spionage, und sie halte sich wohl an US-Recht (Handelsblatt 29.1.2014, FR 29.1.2014)?

Antwort

Der Bundesregierung liegen aktuell keine Hinweise auf Wirtschaftsspionage der National Security Agency gegen deutsche Unternehmen vor. Die US-Regierung hat der Bundesregierung mehrfach versichert, dass die dortigen Dienste keine Wirtschaftsspionage betreiben. Die Bundesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang auch den von US-Präsident Obama in seiner Rede am 17. Januar 2014 zu den Reformvorschlägen einer Expertenkommission bekräftigten Verzicht auf Industriespionage zum Nutzen von US-Unternehmen.